

<b>NIEDERSCHRIFT</b>  Stadt Karlsruhe	Gremium:	15. Plenarsitzung <b>Gemeinderat</b>
	Termin:	19. Oktober 2010, 15:30 Uhr
		öffentlich
	Ort:	Bürgersaal des Rathauses
	Vorsitzende/r:	Oberbürgermeister Heinz Fenrich

17.

**Punkt 15 der Tagesordnung: Antrag der Stadträtinnen Doris Baitinger und Elke Ernemann, des Stadtrats Hans Pfalzgraf (SPD) sowie der SPD-Gemeinderatsfraktion vom 25. August 2010:  
Vorstellung neuer Konzepte zur Nahversorgung**

**Der Vorsitzende** setzt um 18:25 Uhr die unterbrochene Sitzung fort, ruft Tagesordnungspunkt 15, Vorlage Nr. 523, zur Behandlung auf und verweist auf die vorliegende Stellungnahme der Verwaltung.

**Stadträtin Ernemann (SPD):** Ich bin über die Antwort der Verwaltung nicht glücklich. Im Gegenteil: Ich bin ziemlich enttäuscht.

Wir haben einen Antrag gestellt auf Vorstellung eines Nahversorgungskonzepts. Die Stadtverwaltung antwortet, sie hätte im Jahre 2007 ein ausführliches Nahversorgungskonzept mit Handlungsempfehlungen erarbeitet. Gemeint war dieses Nahversorgungsgutachten. Zwischen einem Gutachten und einem Konzept ist ein Riesenschied. Dieses Gutachten, zusammen vom Amt für Wirtschaftsförderung, Stadtplanungsamt und Amt für Stadtentwicklung - sehr gut übrigens - erstellt, ist kein Konzept. Es beinhaltet keine Handlungsempfehlung. Wie der Name schon sagt, ein Gutachten schildert uns den Ist-Zustand, nämlich den Zustand über die Nahversorgung hier in Karlsruhe, aber keine Handlungsempfehlungen. Dieses Gutachten, das - ich muss es noch einmal betonen - sehr gut und sehr ausführlich war - vielen Dank auch an alle, die da mitgewirkt haben -, sollte eigentlich die Grundlage sein, ein Konzept zu erstellen.

Enttäuscht bin ich auch über die Aussage - ich zitiere wortwörtlich aus der Verwaltungsantwort -, dass "die Situation in den meisten Wohngebieten mindestens befriedigend, in vielen Bereichen auch gut und sehr gut" ist. Das sehe ich nicht so. Es gibt allein in den Höhenstadtteilen 16.000 Personen, die unterversorgt sind. Die Ansicht teilt offensichtlich auch Herr Bürgermeister Obert. Ich zitiere ka-news, 10.10.2010: "Bürgermeister Obert: Die meisten Stadtteile sind eher unterversorgt." Bürgermeister Obert sieht es offensichtlich genauso, wie wir das sehen.

Ich wünsche mir, dass es wieder im Wirtschaftsförderungsausschuss behandelt wird. Da wird es zum 10., 15., 20. Mal behandelt. Wir reden immer darüber. Es hat sich auch einiges getan in der Stadt. Ich will es jetzt nicht schlechtreden. Es ist aber jetzt kein Wunderwerk, dass dort, wo Konversionsflächen zu Baugebieten werden, in Knielingen oder auch in Neureut, Lebensmittelmärkte entstehen. Wir waren mit der Fraktion am vergangenen Wochenende in Essen und hatten dort Austausch mit Stadtratskollegen. Da hat man uns auch gesagt, dass es mittlerweile in allen Städten gang und gäbe sei, wenn ein Neubaugebiet entsteht, wird eine Verpflichtung an die Bauträger oder an Investoren weitergegeben, dort auch eine Nahversorgung und einen Lebensmittelmarkt zu erstellen. Insofern ist es jetzt kein Wunderwerk, was hier in Karlsruhe geschieht.

Ich hätte mir gewünscht, dass man doch etwas mehr - das ist eigentlich die Aufgabe der Wirtschaftsförderung - Initiative zeigt. Wir haben sogar Anstöße gegeben. Wir haben in unserem Antrag sogar Dinge vorgeschlagen, die durchaus in anderen Städten schon praktiziert werden: Shuttle-Service. Den kenne ich aus meiner fränkischen Kleinstadt Würzburg, viel kleiner als Karlsruhe. So etwas gibt es. Es gibt durchaus viele Möglichkeiten und viele Wege, die man begehen kann, um die Nahversorgung zu sichern oder etwas zu fördern, gerade in den Bergdörfern mit 16.000 Einwohnern. Zusammen sind wir dann doch ein großer Stadtteil. Es gibt auch andere Stadtteile, die sich noch als unterversorgt sehen, z. B. Weiherfeld. In Rintheim hat sich etwas getan durch eine Dame, die dort einen Lebensmittelmarkt übernommen hat. Aber auch das war kurz vorm Aussterben.

Es ist meiner Meinung nach von der Antwort her nicht befriedigend, dass man sagt, wir behandeln es am 08.12. wieder im Wirtschaftsförderungsausschuss. Das ist

doch sehr mager. Ein solches Konzept gibt es in vielen Städten. Ich kann Ihnen das zeigen, ich habe durchaus recherchiert. Das ist ein ganzes Bündel Nahversorgungskonzepte aus Städten, wie z. B. Bergisch-Gladbach. Es gibt Möglichkeiten, Konzepte zu erstellen, die auf die Stadt und das Stadtbild passen. Aber ein Gutachten - das muss ich noch einmal betonen -, das Zahlen und Fakten liefert, ist kein Konzept. Das nochmals zur Untermauerung unseres Antrags.

Ich wünsche mir im Namen meiner Fraktion, dass vom Amt für Wirtschaftsförderung unserem Antrag Folge geleistet wird, dass ein Nahversorgungskonzept für die Stadt Karlsruhe erstellt wird, mit Vorschlägen, mit dem Aufzeigen von neuen Wegen und gangbaren Möglichkeiten. Die Nahversorgung ist in vielen Stadtteilen - es gibt wirklich viele - schlecht bis unterversorgt. Es gibt Möglichkeiten. Für die Bergdörfer habe ich z. B. eine Möglichkeit im Kopf, die man einmal andenken kann. Ich möchte sie jetzt aber hier nicht ausführen. Das kann man im Wirtschaftsförderungsausschuss machen. Aber es ist wahrscheinlich noch nicht für die Öffentlichkeit spruchreif. Aber es gibt durchaus Möglichkeiten. Das ist aber nicht meine Aufgabe. Es ist Aufgabe des Amtes für Wirtschaftsförderung, wie der Name schon sagt, diese Wirtschaft und die Nahversorgung anzukurbeln und zu fördern. Ich bitte also, unserem Antrag stattzugeben.

(Beifall bei der SPD)

**Der Vorsitzende:** Frau Stadträtin Ernemann, ich darf Ihnen sagen, wenn Ihnen die Antwort zu wenig ist, dann müssen Sie mit mir schimpfen. Ich habe von der Wirtschaftsförderung eine Antwort bekommen, die war über 20 Seiten lang. Ich habe gesagt, das mute ich dem Gemeinderat nicht zu, weil da auch Aussagen drin waren, die im Gemeinderat nicht zu diskutieren sind, sondern in einem Ausschuss. Da sind wir auf all die Möglichkeiten, die es gibt, die heute bekannt sind, eingegangen.

Mein Anliegen war, dass man das im Wirtschaftsförderungsausschuss diskutiert und daraus dann ableitet, welche weiteren Schritte man unternimmt. Denn es macht keinen Sinn, jetzt hier über einen Lieferservice zu diskutieren. Gerade in den von Ihnen zitierten Stadtteilen wird im Moment darüber gesprochen, dass so etwas stattfindet, durch zwei Märkte in Karlsruhe, und über alle anderen Möglichkeiten, die es gibt.

Das war mir einfach für den Gemeinderat zu viel. Deswegen habe ich gesagt, ich verschicke keine Stellungnahme, die 20 oder noch mehr Seiten hat. Ich will Sie auch nicht jedes Mal überfordern mit einem Paken Papier, den Sie zur Gemeinderatssitzung erhalten.

Das war der Hintergrund, dieses Thema - im letzten Halbsatz steht es auch - im Wirtschaftsförderungsausschuss zu diskutieren, um dann dort die notwendigen Konsequenzen - möglicherweise für eine Beschlussfassung im Gemeinderat - vorzubereiten.

**Stadtrat Ehlgötz (CDU):** Grundsätzlich haben wir gesamtstädtisch eine ganz gute Versorgung im Bereich der Nahversorgung. Richtig ist es sicherlich, dass wir in einzelnen Stadtteilen Probleme haben. Diese Probleme in der Nahversorgung sind aber natürlich letztendlich kein spezifisches Problem von Karlsruhe. Das werden Sie überall da finden, wo keine Kaufkraft in einem Stadtteil vorhanden ist. Diese Kaufkraft kann nur dann vorhanden sein, wenn die Einzelhändler Angebote machen, die attraktiv sind, um den Bürgerinnen und Bürgern nahezubringen, dass sie in ihren Läden einkaufen gehen. Es wird das Entscheidende sein, dass der Einzelhandel dort bestehen kann, wenn die Angebote stimmen. Aber das Entscheidende, was wir machen können, ist, dass wir nur die Rahmenbedingungen schaffen können. Rahmenbedingungen sind für uns, dass wir Grundstücke zur Verfügung stellen, dass wir eine hervorragende Infrastruktur schaffen in den einzelnen Wohngebieten. Letztendlich, wenn Sie mir erlauben, Frau Ernemann, die Brötchentaste ist auch eine Infrastrukturmaßnahme für den Einzelhandel

(Zurufe, vereinzelter Beifall)

... weil nämlich die Kunden direkt an den Einzelhandel hinfahren und dort einkaufen können. Sie stärken, Frau Ernemann, den Einzelhandel dann vor Ort, wie z. B. in den Höhenstadtteilen. Wir können alle sechs Monate Gutachten erstellen. Das wird sich aber nicht rechnen. Es wird im Prinzip auch nicht dafür gut sein, dass der Einzelhandel in den einzelnen Stadtteilen existieren kann. Er kann nämlich nur dann existieren - wie ich eben gesagt habe -, wenn diese Rahmenbedingungen stimmen. Es ist eben so: Ein Einzelhändler wird sich dort nur niederlassen können und wird

dann auch nur dort bestehen können, wenn er Rahmenbedingungen hat, die ihn wirtschaftlich arbeiten lassen. Das müssen wir akzeptieren. Da können wir so viele Gutachten erstellen lassen, wie wir wollen, wir werden keinen Schritt weiterkommen.

Ich möchte eines noch zum Abschluss sagen. Der Shuttleservice ist auch in Ordnung. Ich bin auch dafür, dass man das einmal im Wirtschaftsförderungsausschuss diskutiert und die verschiedenen Modelle anschaut. Aber letztendlich, Frau Erne-  
mann, werden sie auch nur dann existieren können, wenn sie angenommen werden von der Bürgerschaft bzw. von den Käuferinnen und Käufern in den einzelnen Stadtteilen. Denn die müssen auch wirtschaftlich rechnen. Das ist das Entscheidende. Deshalb sind wir hier nur da, um Rahmenbedingungen zu schaffen. Das Gutachten und den Shuttleservice können wir durchaus einmal diskutieren im Wirtschaftsförderungsausschuss. Da gehört es auch hin. Wir müssen hier nicht den gesamten Gemeinderat damit beschäftigen.

(Beifall bei der CDU)

**Stadtrat Schubnell (GRÜNE):** Die Qualität der Nahversorgung trägt maßgeblich zur Identität eines Stadtteils bei und ist ein wichtiges Kriterium für unsere Bürgerinnen und Bürger für die Lebensqualität. Insoweit besteht hier im Haus Einigkeit. Deshalb haben wir das auch im Masterplan 2015 aufgenommen.

Es ist schön, Herr Oberbürgermeister, dass Sie jetzt die Pfeile, die kommen, auf sich ziehen. Ich meine aber doch, mit so einer kargen Antwort können Sie uns nicht abpeisen. Vielleicht gibt es auch zwischen 20 Seiten, die uns erschlagen, und Eindampfen auf 5 Sätze irgendwo einen Zwischenweg, damit uns in Stabstrichen einmal die Richtung, wie die Verwaltung denkt, hier im Gemeinderat gezeigt wird. Natürlich müssen wir die Details im Ausschuss diskutieren, keine Frage.

Wir haben bereits Erfahrungen, z. B. mit CAP-Märkten. Herr Ehlgötz, wir brauchen jetzt hier nicht noch 10 Gutachten. Wir müssen nur vielleicht einmal schauen, was in anderen Gemeinden für Erfahrungen gemacht wurden. Wenn Sie sich umschaun, da gibt es z. B. die Bonusmärkte in Stuttgart, die gerade in solchen Stadtteilen, in denen vielleicht nicht die ganz große Kaufkraft vorhanden ist, dass sich ein größerer

privat geführter Markt lohnt, in die Bresche springen. Das könnte man einmal hier in Karlsruhe versuchen. Oder es gibt Genossenschaften, die man gründet, um in solchen Stadtteilen einen kleineren Laden für die Nahversorgung der Bevölkerung einzurichten. Das könnte man auch einmal in Karlsruhe versuchen.

Wir wollen nicht viel Papier. Aber in dem Gutachten hier steht drin, dass die Stadtverwaltung mit den Bürgervereinen und mit allen anderen an der Nahversorgung Beteiligten intensive Gespräche führen wird. Das war 2007. Deshalb erwarten wir - da bin ich jetzt einmal hoffnungsvoll, wenn Sie sagen: 20 Seiten -, dass uns konkrete Anregungen, konkrete Maßnahmen im Wirtschaftsförderungsausschuss vorgeschlagen werden, damit wir hier einmal für die unterversorgten Stadtgebiete weiterkommen.

(Beifall bei den Grünen)

**Stadtrat Høyem (FDP):** Unsere Fraktion teilt selbstverständlich die Sorge der SPD. In einzelnen Stadtteilen - glücklicherweise ist es nur in ganz wenigen - haben besonders ältere Mitbürger Schwierigkeiten mit der Nahversorgung. Wir freuen uns, dass in der Zukunft die Nahversorgung in Oberreut verbessert wird. Wir diskutieren sehr gerne im Wirtschaftsförderungsausschuss verschiedene Modelle, auch Shuttle-service. Selbstverständlich hat Herr Ehlgötz recht, auch die Brötchentaste ist ein hilfreiches Modell.

Trotzdem müssen wir vor übertriebenen Erwartungen warnen. Für Nahversorgung gibt es nur zwei Möglichkeiten, nämlich wirtschaftliche Tragfähigkeit oder Zuschuss von Steuergeldern. Die Zuschussmöglichkeit lehnen wir ab. Falls man von anderen Kommunen, auch vom Ausland, beispielsweise von Meran in Tirol, gute Inspirationen bekommen kann, dann wollen wir uns selbstverständlich freuen. Die Entwicklung können wir jedoch nicht ändern. Die Schuldigen sitzen hier in diesem Saal. Wir kaufen in Supermärkten ein. Das wollen wir auch in Zukunft tun. Und gerade deshalb ist Nahversorgung in der Peripherie nicht wirtschaftlich.

(Beifall bei der FDP)

**Stadtrat Wenzel (FW):** Wie das im Antrag der SPD genannte Gutachten "Einkaufen und Nahversorgung in Karlsruhe 2007" zeigt, gibt es Probleme bei der Nahversorgung in einigen Stadtteilen. Frau Ernemann brachte das Beispiel Bergdörfer. Besonders ältere und behinderte Menschen sind betroffen. Das steht außer Frage. Hier stimmen wir mit dem Antrag der SPD überein, auch bei der Erstellung eines Nahversorgungskonzeptes und der Suche nach weiteren Lösungen.

Doch anders als die SPD sind die Freien Wähler der Auffassung, dass die Waren zu den Menschen gebracht werden müssen, und nicht die Menschen zu den Waren. Beispiele hierfür gibt es im ländlichen Bereich, z. B. bereits jetzt praktizierter Lieferservice. Sie haben die 20 Seiten angesprochen. Daher fasse ich mich kurz, sonst würde ich eine richtige Liste von Beispielen machen. Aber zwei, drei will ich aufführen:

- die mobilen Bäcker,
- die fahrenden Nudelmacher,
- Heimserviceanbieter wie Eismann u. a. in ähnlicher Form.

Auch lokale Einzelhändler - das wurde hier angesprochen - bieten schon heute sehr qualifizierte Lieferservice. Internet und Telefon können die erschwerlichen Wege ersetzen.

Wichtig ist es aber, den Menschen den Einsatz dieser Mittel näherzubringen oder Kleinsteinhändler zu fördern. Das kann man, wie hier gesagt, mit der Brötchentaste tun oder nach anderen Konzepten suchen. Diese Suche der SPD wollen wir auch unterstützen.

**Der Vorsitzende:** Meine Damen und Herren, genau das wollte ich vermeiden, dass wir über solche Sachen diskutieren. Einen Lieferservice haben wir in Karlsruhe auch. Das ist doch keine Erfindung. Man soll doch nicht so tun, als ob wir in Karlsruhe gar nichts hätten! Einen Lieferservice haben wir, der beliefert - ich habe es mir hier aufgeschrieben - Durlach, Grötzingen, Oststadt, Rintheim, Wolfartsweier und Durlach-Aue. Da kann man sogar per Telefon bestellen, und es wird heimgebracht. Oder man kann dort sein und sagen: Das und das hätte ich gerne, bringen Sie es bitte!

Genau das wollte ich vermeiden, über 20 Seiten Vorlage, über Dinge, die wir haben, zu diskutieren. Deswegen wollte ich, dass wir das im Ausschuss diskutieren.

Ich musste das jetzt so sagen, weil der Eindruck entstanden ist, als ob wir in Karlsruhe - Verzeihung, wenn ich das so sage - ungeschickt seien und überhaupt nichts hätten. Das stimmt nicht. Der Eindruck darf auch in der Öffentlichkeit nicht entstehen, als würden wir uns Dingen verschließen. Nur brauchen wir überall Partner dazu. Über diese Probleme wollen wir einfach mit Ihnen sprechen. Darum geht es. Aber bitte nehmen Sie zur Kenntnis, dass wir sehr sorgfältig den Markt beobachten und schauen, welche Möglichkeiten es gibt. Wir überlegen dann und sprechen dann auch mit in Frage kommenden Partnern darüber, ob man so etwas in Karlsruhe machen kann.

**Erste Bürgermeisterin Mergen:** Ich darf vielleicht noch einmal einige Punkte kurz konkret ansprechen:

Wir haben 2007 das Gutachten gemacht, um Grundlagen zu schaffen, wie die Versorgungssituation ist. Seitdem orientieren wir uns an diesem Gutachten. Ich nenne nur sieben Beispiele, die wir seitdem auf den Weg gebracht haben.

Es geht beim Einzelhandel um die Sicherung bestehender Angebote in vorhandenen Ortslagen. Das zweite ist Erkennen, wo Bedarf in neu gewachsenen Stadtteilen besteht. Ich nenne jetzt bewusst nicht die Konversion, die meines Erachtens auch sehr mutig dieses Thema angegangen ist, noch bevor die Häuser komplett alle da sind.

Zu der Frage Sicherung: Was haben wir in den letzten drei Jahren zur Sicherung von bestehenden Standorten unternommen? In der Nordstadt gab es einen Laden, der zur Disposition stand. Da hat sich die Wirtschaftsförderung dafür eingesetzt, diesen zu erhalten. Er läuft wieder relativ gut.

Ein zweites Beispiel mitten im Herzen von Durlach: Der CAP-Markt, den wir gewinnen konnten, neben dem CAP-Markt in der Weststadt, auch nach Durlach zu gehen, läuft sehr gut.



Ein weiteres Beispiel ist Rintheim - eben schon angesprochen, Frau Stadträtin Er-nemann: Ein mutiger Versuch, gerade jüngst gestartet. Ich mache jetzt hier Werbung für diesen kleinen Laden in Rintheim, denn wenn die Leute nicht hingehen, hält er sich nicht. Es ist ein Versuch. Ich drücke dem Laden die Daumen, dass es klappt.

Und jüngst im Wirtschaftsförderungsausschuss, Tivoli: Ebenfalls ein Versuch, einen bestehenden Laden an ähnlicher Stelle, also mit ähnlichen Wegen, neu aufzustellen, um ihn hier auch langfristig für die nächsten 10, 15 Jahren zu sichern. Das haben wir getan bzw. sind dabei, es zu tun.

Wir haben aber auch drei andere Beispiele, wo wir neue Angebote schaffen, weil wir merken, da ist Bedarf. Eines der langjährigsten Projekte, auch schon eben ange-sprochen, ist in Oberreut: Das Nahversorgungszentrum Oberreut ist im Rohbau, wächst und gedeiht, man glaubt es kaum, nach 17 Jahren. Ich glaube, im Herbst nächsten Jahres können wir dort gemeinsam einkaufen. Es war auch ein Kraftakt. Sie waren alle beteiligt. Sie kennen das.

Ein weiteres Beispiel, heute auf der Tagesordnung: Josef-Schofer-Straße, ein relativ kleiner Laden. Er erfüllt nicht die Bedürfnisse vor Ort in der Nordweststadt. Auch hier, und wenn Sie dann heute dem zustimmen, die Chance, ortsnah, mit kurzen Wegen Angebote zu schaffen für die nächsten 10, 15 Jahre.

Höhenstadtteile: Nach wie vor ein noch nicht bearbeiteter Fleck auf der weißen Landkarte. Hier sind wir in Gesprächen. Es gibt verschiedene Standorte. Da müssen auch noch planungsrechtliche Untersuchungen gemacht werden. Sie glauben nicht, meine Damen und Herren, wie viele Anfragen wir bekommen für nicht integrierte Läden. Ich sage nur: Zündhüttele. Wir hätten die Grundstücke unten am Fuß am Zündhüttele schon 10 mal verkaufen können für Lebensmittelläden, wo es immer heißt: Dann können die ganzen Höhenstadtteile dort unten einkaufen. Das wollen wir nicht. Wir lehnen es immer ab. Nicht integrierte Lagen lehnen wir ab, um genau eine Chance zu sichern, damit wir in den Höhenstadtteilen doch eine vernünftige Struktur schaffen, ein Vollsortimenter oder ähnliches. Ich gebe zu, an dem Punkt haben wir noch einiges zu tun. Ich wollte ihn nur aufsagen. Immerhin: Sieben Beispiele für er-folgte Nahversorgung allein in den letzten drei Jahren.

**Der Vorsitzende:** Ich überweise das Thema an den Wirtschaftsförderungsausschuss.

**Beschluss:** Kenntnisnahme und Überweisung an den Ausschuss für Wirtschaftsförderung

Zur Beurkundung:

Die Schriftführerin:

**Verteiler** (mit Stellungnahme)  
Ratsinformationssystem  
Amt für Wirtschaftsförderung  
Zum Gemeinderatsprotokoll  
Zu den Akten

HA - Sitzungsdienste -  
9. Dezember 2010